Ressort: Politik

Auswärtiges Amt: Banken sollen Iran-Geschäft für humanitäre Zwecke ermöglic

Berlin, 01.12.2012, 13:18 Uhr

GDN - Das Auswärtige Amt hat die deutsche Kreditwirtschaft aufgefordert, Banküberweisungen zwischen Deutschland und Iran für humanitäre Zwecke zu ermöglichen. In einem Schreiben an den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken Uwe Fröhlich vom 14. November, das der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" vorliegt, bittet Staatssekretärin Emily Haber die deutschen Banken "um Prüfung, wie sie Transaktionen zwischen Deutschland und Iran für humanitäre Zwecke weiterhin ermöglichen können".

Hintergrund ist die zunehmende Knappheit von Medikamenten in Iran, die, so Haber, auch auf Probleme mit Finanztransaktionen zwischen Deutschland und Iran zurückzuführen sei: "Offenbar verweigern einige deutsche Banken die Durchführung dieser Überweisungen mit Verweis auf die aktuelle politische Lage und die EU-Sanktionsgesetzgebung." In dem Schreiben, das mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium abgestimmt sei, weist das Auswärtige Amt darauf hin, dass sich die Sanktionen nicht gegen die iranische Zivilbevölkerung richteten, Lebensmittel und Medikamente also ausgenommen seien.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3349/auswaertiges-amt-banken-sollen-iran-geschaeft-fuer-humanitaere-zwecke-ermoeglichen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com